

★ Daran, dass Bundesrat Feldmann gewählt und zwar mit Glanz gewählt werde, war nicht zu zweifeln. Das mögen sich auch die paar Spassvögel unter den Ratsherren gesagt haben, die — so erzählt man es sich wenigstens — auf ihren Zetteln ausgerechnet den Namen — Barth geschrieben haben!

Bekanntlich hat vor einiger Zeit eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Berner Regierungsrat und Kirchendirektor Feldmann und dem Basler Theologieprofessor Karl Barth stattgefunden. Manche Leute haben es dem Berner Regierungsmann recht übel genommen, dass er sich für den Frieden in der Kirche gewehrt hat, so wie ihn die Berner Verfassung nun einmal will, und dass er keine diskussionslos betriebene Politik wollte gelten lassen, auch nicht von der Kanzel herunter. Er habe sich damit auf ein Gebiet begeben, auf dem er sich nicht zu bewegen habe, ist gesagt worden.

Nun, er hat sich jetzt auf ein anderes begeben. Und für Karl Barth ist es wohl auch besser, dass er nicht Bundesrat geworden ist!

★

Es war nicht gerade hübsch, dass man verschiedentlich Abstimmungen im Nationalrat verschieben musste, weil das absolute Mehr sämtlicher Ratsmitglieder erforderlich war und es ein Zufallsresultat ergeben hätte, wenn man es mit den im Saal Anwesenden hätte riskieren wollen. Nicht dass die Herren einfach «Blauen» gemacht hätten. Aber verschiedentlich hat es sich scheinbar wieder nicht vermeiden lassen, dass Kommissionen ihre Sitzungen während der Verhandlungen abgehalten haben. Das mag bei den Geschäften, die unbedingt an einer Session in beiden Räten «durchgepeitscht» werden müssen, ja zur Ausnahme ein-

mal angehen. Aber einreissen dürfte die Sache nicht. Dinge, die vor den Rat kommen, sind immerhin so wichtig, dass die Ratsherren sie sich anhören sollen. Sonst braucht es den ganzen «parlamentarischen Betrieb» ja nicht.

★

Es wird mit ungleichen Ellen gemessen. Verfassungsmässige Bedenken fallen mehr oder minder stark ins Gewicht, je nachdem, um was für ein Problem es sich handelt.

Bei der Skischulsubventionierung beispielsweise brauchte es nach Meinung der Ratsmehrheit überhaupt keinen Bezug auf die Verfassung, und obwohl es im Endeffekt genau aufs Gleiche herausgekommen wäre, hielt man es nicht für nötig, die revidierten Wirtschaftsartikel anzurufen und gleichzeitig — da die Sache ja wirklich dringlich ist — den Beschluss für dringlich zu erklären. Ein in der Luft schwebender einfacher Bundesbeschluss schien gut genug.

★

Nachdem die neuen Weinmillionen — die sich insgesamt wieder auf beiläufig 16 belaufen, wiewohl immer nur von neun seit der Erstellung des Budgets dazugekommenen «zusätzlichen» die Rede war —, nachdem sie also bewilligt waren, fiel es Herrn Gemperli ein, dass die «Ausgabenbremse» hätte gezogen werden sollen.

Seltsam, dass das vorher keinem Ratsmitglied, und auch Herrn Gemperli erst hinterher aufgedämmert ist.

So wurde sie also gezogen. Aber gebremst hat sie gar nicht. Hier, wie bei zwei Budgetposten im Militärbudget, fand sich das notwendige absolute Mehr ohne weiteres zusammen. Ob man sich das bei Erfindung der Bremse wohl so gedacht hatte?

Wie dem auch sei: Herr Gemperli braucht sich nun für einige Zeit im Rat nicht mehr zu verköstigen. Er hat sich seinen Wählern für lange Zeit in Erinnerung gerufen.

★

Das Referendum gegen die Teuerungszulagen an das Bundespersonal ist nicht ergriffen worden und wird wohl, bis in die ersten Januartage hinein, bis zu welchem Datum die Frist noch läuft, auch nicht mehr ergriffen werden.

Man hat sich seinerzeit darum gestritten, ob solche Zulagen überhaupt, kurz nach der Verbesserung, die das Beamtengesetz gebracht hatte, überhaupt nötig seien.

Der Tatsache, dass nun rund 80 Prozent der Zulage in Form von Vorschüssen seitens der Beamten bereits bezogen worden sind, ist doch wohl zu entnehmen, dass es nötig war, oder dass sie — die Beamten — es nötig hatten.

Ebenso regelte sich die seinerzeit vielumstrittene Frage ob man das Referendum umgehen oder am Ende die Auszahlung der Zulage bloss «vorbehaltlich» vornehmen könne — wiewohl dagegen heftig protestiert wurde —, inzwischen ganz von selbst.

★

Herr Perréard hat im Nationalrat interpelliert und auf Verbesserung der Information der Öffentlichkeit durch «das Bundeshaus» gedrungen.

Bundespräsident von Steiger hat geantwortet und versichert, dass der gute Wille dazu beim Bundesrat durchaus vorhanden sei, und dass er, der Bundesrat, überhaupt gemeint habe, es sei in diesem Punkt alles zum Besten bestellt. Wenn aber noch etwas zu verbessern sein sollte, dann werde das sicher geschehen.

Zur gleichen Zeit war die Geschichte mit der neutralen Ueberwachung der Waffenstillstandsbedingungen in Korea hängig.

Man erinnert sich: schon letzte Woche wurde unser Minister Bruggmann in Washington ins Staatsdepartement gerufen, wie der schwedische und norwegische Minister auch. Wie man vermutete, eben im Zusammenhang mit einer eventuellen Kontrolle in Korea. Im Bundeshaus vermutete man aber gar nichts. Auch dann noch nicht, als bekannt wurde, die Gesandten der nordischen Staaten seien effektiv in diesem Zusammenhang begrüsst worden.

Am Tag, bevor Bundespräsident von Steiger seine Rede hielt, wurde einem Bundesrat die Frage vorgelegt, ob an der Sitzung von dieser Sache geredet worden sei. Nicht mehr als dies. Er stellte dies rundweg in Abrede! Und nach der Rede des Herrn Bundespräsidenten fand man die Meldung vor, dass nicht nur davon geredet, sondern sogar der Entschcheid getroffen worden war, sich für eine derartige Mission zur Verfügung zu stellen.

Es scheint, dass mehr als bloss «etwas» an der Information aus dem Bundeshaus zu verbessern sein wird. Nämlich vor allem der Geist, in welchem man an die Sache herangeht.

Und was die Unterschleife in der Hauptbuchhaltung des EMD anbelangt, warten wir geduldig auf Informationen. Der Bundesrat ist ja besten Willens, und irgend etwas an den Versprechungen des Herrn von Steiger vor dem Nationalrat wird wohl wahrgemacht werden.

Diorama ... deuxième parfum de

Christian Dior

en vente chez Modes Emmy

Bâle, Freienhof Tel. 3 36 50 Freiestr. 88

P10884Q